



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 29 vom 24. September 2007

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.15 Uhr

Leitung: U. von Bidder

Anwesend: 39 Mitglieder

Abwesend: P. Heiz
Gemeinderätin A. Schuler

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 28. Sitzung vom 25. Juni 2007 wird genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Urs von Bidder

Brigitte Christen

Mitteilungen des Präsidenten:

U. von Bidder begrüsst die Anwesenden zum neuen Amtsjahr und legt einleitend dar, welche Grundwerte für ihn persönlich die Basis bilden, um eine glaubwürdige Politik zu vertreten.

Er fasst die wichtigsten Anlässe in den letzten drei Monaten zusammen. Die Ansprache am 1. August auf dem Spiegelfeld-Areal wurde von Gemeindepräsident C. Simon gehalten. Am 13. August war für 95 Kinder Schulbeginn und 105 traten in den Kindergarten ein. Aus Anlass des 20 jährigen Bestehens des Ortsmuseums fand am 31. August eine Museumsnacht statt. Ausserdem feierte am darauf folgenden Tag die Ludothek das 30 Jahre Jubiläum und luden ausserdem die Geschäfte an der Hauptstrasse zu einer weiteren "Uestuelete". Im Kirchgemeindehaus Paradies ist noch bis zum 30. September eine empfehlenswerte Ausstellung mit dem Titel "Auf Weltreise mit Hans Weidmann" zu sehen.

Das Büro des Einwohnerrats hielt am 23. August eine Sitzung ab. Es wurden folgende Stimmenzähler gewählt: Jürg Humbel, FDP, (bisher), Guido Köhler, SP und Urs-Peter Moos, SVP.

Zur Beschwerde an den Regierungsrat von U.-P. Moos zum ER-Beschluss vom 25. Juni, den Zusatzkredit für den Schlosspark betreffend, hat das Büro wie auch der Gemeinderat schriftlich Stellung genommen.

Überdies ist ein Manual zum effizienten Ablauf von Einwohnerrats-Sitzungen verabschiedet worden.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

- Anfrage vom 5.9.2007 von S. Brenneisen, SP: Baumpflanzung entlang Hauptstrasse vor Gemeindebibliothek; Gesch. Nr. 172
- Anfrage vom 19.9.2007 von B. Jost, SP: Tagesschule, Gesch. Nr. 175

Die Anfragen werden am Schluss der Sitzung behandelt.

- Postulat SP vom 19.9.2007: Vergabekriterien für Aufträge der Gemeinde, Gesch. Nr. 176
- Interpellation CVP vom 21.9.2007: Vorbereitung der Gemeinde auf Hochwasser, Gesch. Nr. 178
- Interpellation SVP vom 21.9.2007: Autoeinstellhalle Schlosspark, Gesch. Nr. 179

Es werden keine Wortbegehren gestellt. Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste:

	Gesch. Nr.
1. Antrag des Gemeinderats vom 14.8.2007: Ersatzwahl in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008	169
2. Stellungnahme des Gemeinderats vom 21.8.2007: Postulat SP: Schaffung einer Fachstelle /-kommission für Kinder-, Jugend- und Familienfragen	165
3. Stellungnahme des Gemeinderats vom 7.8.2007: Postulat SP: Ferienbetreuung von Primarschulkindern und Jugendlichen	166
4. Stellungnahme des Gemeinderats vom 11.9.2007: Postulat CVP: Buslinie 61, 15-Minutentakt während den Hauptverkehrszeiten	167
5. Stellungnahme des Gemeinderats vom 11.9.2007: Postulat CVP: Mehr Ordnung und Sauberkeit auf den Grillplätzen im Allschwiler Wald	160
6. Stellungnahme des Gemeinderats vom 11.9.2007: Interfraktionelle Motion: Binninger Energiespar-Offensive 1	148
7. Stellungnahme des Gemeinderats vom 11.9.2007: Interfraktionelles Postulat: Energiespar-Offensive 2	149
8. Stellungnahme des Gemeinderats vom 4.9.2007: Motion SVP: Verhinderung des Privatweges an der Bruderholzstrasse 12	139
9. Diverses	172
Beantwortung Anfragen von S. Brenneisen sowie von B. Jost	175

Traktandum 1**Geschäft Nr. 169**

Antrag des Gemeinderats vom 14.8.2007:

Ersatzwahl in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008

CVP: A. Achermann schlägt Lukas Metzger als nachrückendes Mitglied vor.

://: Für die restliche Amtsperiode wird Lukas Metzger, CVP, in Stiller Wahl in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 2**Geschäft Nr. 165**

Stellungnahme des Gemeinderats vom 21.8.2007:

Postulat SP: Schaffung einer Fachstelle /-kommission für Kinder-, Jugend- und Familienfragen

Eintreten:

SP: B. Jost äussert sich erfreut darüber, dass der Gemeinderat bereit ist, eine Fachstelle zu prüfen. Es geht darum, Kindern und Familien generell mehr politisches Gewicht zu verleihen und auf aktuelle Probleme rasch reagieren zu können. Das Baselbieter Bündnis für Familien hat noch Startschwierigkeiten. Es soll neu ein Label für familienfreundliche Gemeinden geschaffen werden. Binningen sollte vorbereitet sein.

FDP: S. Cron weist darauf hin, dass Binningen über ein breites Angebot für Kinder und Jugendliche verfügt. Inhaltlich besteht kein Handlungsbedarf. Es müsste eher darum gehen, die Koordination zu optimieren. Wie gross das Koordinationsgremium sein soll, wie oft es tagen soll usw. soll der Gemeinderat prüfen. Eine damit verbundene personelle Aufstockung wird jedoch entschieden abgelehnt. Ihre Fraktion wird für Überweisung des Vorstosses an den Gemeinderat stimmen.

Grüne/EVP: B. Gürler meint, dass vieles für das Postulat spricht, denn die Familien- und Schulstrukturen haben sich in den letzten Jahren sehr verändert. Dem gilt es Rechnung zu tragen. Eine Fachstelle wird daher als sinnvoll und gerechtfertigt erachtet. Die Überweisung an den Gemeinderat wird unterstützt.

SVP: E. Kohl teilt die Auffassung der FDP-Sprecherin, wonach es keiner neuen Fachstelle bedarf. Eine Optimierung des bestehenden Angebots wird jedoch begrüsst. Ihre Fraktion wird mehrheitlich für Überweisung stimmen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset* bestätigt, dass er bereit ist, das Anliegen zu prüfen und anschliessend darüber zu berichten. Im bestehenden Koordinationsgremium sind 23 gemeindeeigene Stellen vertreten. Die Aufgabe besteht in der Information und Vernetzung, so dass Synergien genutzt und Doppelspurigkeiten ausgeschaltet werden können. Die vorhandene Fachkompetenz soll noch besser genutzt werden.

FDP: M. Ziegler betont nochmals, dass eine Fraktionsminderheit klar gegen eine Schaffung einer neuen Fachstelle ist, was Ziel des Postulats ist.

Mit grossem Mehr wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 3

Geschäft Nr. 166

Stellungnahme des Gemeinderats vom 7.8.2007:

Postulat SP: Ferienbetreuung von Primarschulkindern und Jugendlichen

Eintreten:

SP: B. Jost: Wie in der Stellungnahme erwähnt, fand am 31. August eine Konferenz für Kinder- und Jugendfragen statt. Es würde sie interessieren, was diese ergeben hat und ob bereits im Februar 2008 mit einer entsprechenden Publikation gerechnet werden kann.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset:* Das Problem ist erkannt. Dort wo es möglich war, wurde auch bereits für die vergangenen Sommerferien reagiert. Beispielsweise gab es Tageslager auf dem Robi-Spielplatz. Und der Verein Offener Treffpunkt hat kurzfristig ein Lager im Wisli organisiert. An der Konferenz wurde beschlossen, dass die Leimentaler-Gemeinden eine Bestandesaufnahme des existierenden Angebots als auch der Kurse vornehmen. Die Liste soll auch die wichtigsten Angebote oder zumindest Kontaktadressen von Basel-Stadt enthalten. Bis Anfang 2008 sollte sie publiziert werden können, damit die Eltern für die Sommerferien rechtzeitig planen können.

SVP: U. Rediger äussert sich enttäuscht, dass nicht mehr "Handfestes" zu vernehmen war. Da jedoch die Sache ins Rollen gekommen ist, stellt er den Antrag, den Vorstoss zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

SP: V. Dubi sieht darin einen Widerspruch. Wird das Postulat bereits abgeschrieben, ist der Gemeinderat nicht mehr verpflichtet, über das Ergebnis der Erhebungen zu berichten. Daher soll der Vorstoss pendent gehalten werden.

Gemeinderat M. Joset bestätigt, dass er erst wirklich aktiv werden kann, wenn der Auftrag mit der Überweisung erteilt wird.

SVP: U. Rediger zieht daraufhin seinen Antrag auf Abschreibung zurück.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 4**Geschäft Nr. 167**

Stellungnahme des Gemeinderats vom 11.9.2007:

Postulat CVP: Buslinie 61, 15-Minutentakt während den HauptverkehrszeitenEintreten:

CVP: K. Amacker freut sich über die Bereitschaft des Gemeinderats, sich das Postulat überweisen zu lassen. Er setzt damit ein weiteres Zeichen, dass das Anliegen umgesetzt werden soll, obwohl der Kanton bisher abschlägig reagierte. Ihre Fraktion wird den Gemeinderat in seiner Absicht unterstützen, über die Binninger Landrätinnen und Landräte Einfluss zu nehmen. Sie gedenkt ein Budget-Postulat einzureichen und hofft auf das Mitziehen der andern Landratsmitglieder. Selbstverständlich wird für Überweisung des Postulats gestimmt.

FDP: S. Kaiser: Dem Jahresbericht der BLT ist zu entnehmen, dass die Fahrgastzahlen auf dieser Buslinie im Jahr 2005/06 um einen Drittel abgenommen haben. Dies hängt aber vermutlich damit zusammen, dass die Strecke gekürzt worden ist. Seine Fraktion erachtet es als sinnvoll, dass geprüft wird, ob die Taktverdichtung einem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. Dies könnte mit einem Probetrieb und dem Erfassen der Benutzer erreicht werden. Allerdings müssen die Gemeinden Allschwil, Binningen und Oberwil für die Mehrkosten aufkommen. Einzig Bottmingen wird davon profitieren.

SP: G. Löhr stellt fest, dass in ihrer Fraktion das Geschäft unbestritten ist und eine Taktverdichtung dringend realisiert werden sollte. Dies wäre nicht nur für die Quartierbewohner/innen, sondern besonders auch für die Sekundarschüler/innen und jene des Gymnasiums Oberwil ein Gewinn. Das Budget-Postulat der CVP wird unterstützt. Es fragt sich, ob nicht sogar ein Schritt weiter gegangen werden müsste, nämlich dass der Gemeinderat mit den beiden anderen Gemeinden über eine zusätzliche finanzielle Beteiligung an einem Probetrieb verhandelt. Das Postulat soll überwiesen werden.

SVP: U. Weber erklärt, dass auch seine Fraktion die Überweisung befürwortet. Noch zu ermitteln wäre, wie viele Busse für einen Probetrieb nötig sind; denn einer genügt wohl nicht. Beim entsprechenden Versuch der Taktverdichtung könnte mittels Befragung sehr wohl festgestellt werden, ob die Schüler/innen zu Gunsten des ÖV auf den Roller verzichten. Er weist aber darauf hin, dass Busse bekanntlich CO₂ ausstossen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* dankt für die Voten und die vorgebrachten Anregungen. Mit ihrem Postulat hat die CVP ein Anliegen angesprochen, das bereits im 2003 in einer Petition unterbreitet wurde. Leider blieben alle bisher unternommenen Versuche beim Kanton erfolglos. Immerhin ist ab Dezember eine höhere Frequenz auf der Linie 10/17 geplant, was über 500'000 Franken kosten wird. Bezüglich Linie 61 möchte er schrittweise vorgehen und vorerst ein Viertelstunden-Intervall während der Hauptverkehrszeiten erreichen.

SVP: U.-P. Moos vermisst in der Stellungnahme konkrete Zahlen, was eine allgemeine Taktverdichtung bzw. während der Hauptverkehrszeiten kosten würde.

SP: T. Rehmann gibt zu bedenken, dass die Linie früher bis Schönenbuch fuhr und seit letztem Jahr nur noch bis Allschwil. Somit entfallen bei einer Erhebung alle Benützer/innen von Schönenbuch. Dieser Umstand müsste berücksichtigt werden.

Mit 36 Ja bei 3 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 5**Geschäft Nr. 160**

Stellungnahme des Gemeinderats vom 11.9.2007:

Postulat CVP: Mehr Ordnung und Sauberkeit auf den Grillplätzen im Allschwiler WaldEintreten:

CVP: A. Achermann dankt für die Stellungnahme. Nicht einverstanden ist seine Fraktion mit dem Antrag auf Abschreiben des Vorstosses; denn das Problem ist nicht behoben. Es ist zwar durchaus anerkennenswert, was alles getan wird, doch offenbar reicht es nicht. Die Grillplätze sind eine Visitenkarte der Gemeinde. Es braucht ein gemeindeübergreifendes Konzept, nachdem die Mehrzahl der Plätze nicht auf Binninger Boden ist. Allenfalls könnte ein entsprechender Auftrag auch an Privat vergeben werden.

SP: V. Dubi sieht das eigentliche Problem bei den wilden Grillstellen und entlang des Bachs. Der Gemeinderat dürfte etwas mehr Fantasie entwickeln bei der Bekämpfung. Es finden sich keinerlei Schilder, welche auf das Sauberhalten des Waldes hinweisen. Möglicherweise sollte versucht werden, ob sich Freiwillige oder Sportvereine gegen ein kleines Entgelt engagieren. Dies käme allemal günstiger, als noch häufigere Kontrollen durch die Gemeindepolizei und den Werkhof. Auch ihre Fraktion ist gegen die Abschreibung des Postulats.

SVP: U. Schaub: Im Vergleich zu früher stellt er eine Verbesserung im Wald fest, seit häufiger kontrolliert wird. Das "Littering" ist ja aber heute auch andernorts ein Problem, besonders am Wochenende. Auf das Kosten/Nutzen-Verhältnis ist zu achten.

FDP: M. Metz findet den Vorstoss nicht notwendig. Ein solcher löst erheblichen administrativen Aufwand aus. Die Sache hätte auch mit einem Telefonanruf oder einer Anfrage erledigt werden können. Er beantragt deshalb: nicht Überweisen des Postulats.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig:* Die Unordnung im Wald und insbesondere auf den Grillplätzen ist ein Ärgernis. Wie die Situation zusätzlich verbessert werden kann, darauf hat auch der Gemeinderat keine abschliessende Antwort. In Betracht zu ziehen ist ein Waldreinigungstag durch die Schüler/innen oder durch die Bevölkerung. Vielleicht muss der Gemeinderat neue kreative Ideen entwickeln. Das Werkhof-Personal und die Polizei können dafür jedenfalls nicht noch mehr beansprucht werden. Ein Aufruf im Binninger Anzeiger dürfte keinen grossen Effekt haben, da die überwiegende Zahl der Nutzer aus andern Gemeinden stammt. Er hält am Antrag fest, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

SP: S. Zürcher regt an, mehr Abfallkübel und genügend Hinweisschilder aufzustellen.

Mit 26 Ja, 11 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Mit 20 Ja und 19 Nein wird beschlossen:

://: Das Postulat wird gleichzeitig abgeschrieben.

Traktandum 6**Geschäft Nr. 148**

Stellungnahme des Gemeinderats vom 11.9.2007:

Interfraktionelle Motion: Binninger Energiespar-Offensive 1Eintreten:

SP: G. Köhler kann nicht verstehen, weshalb der Gemeinderat die Motion als Postulat entgegen nehmen will. Es geht vor allem um gemeindeeigene Gebäude, zu welchen die Verantwortlichen ein Energiekonzept erarbeiten sollen. Im Übrigen erwartet er gerne konkrete Aussagen in der nächsten gemeinderätlichen Stellungnahme. Die Gemeinde hat einen Vorbildcharakter, was Signalwirkung auf die Bevölkerung hat.

FDP: W. Müller unterstützt seitens seiner Fraktion grundsätzlich das Anliegen, d. h. Reduktion des CO₂-Ausstosses, Förderung der Energieeffizienz sowie von erneuerbaren Energien. Die Vorgaben müssen aber nicht auf kommunaler, sondern auf kantonaler bzw. Bundesebene erlassen werden. Die FDP-Fraktion stellt daher den Antrag, den Vorstoss zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

SVP: F. Gerber unterstützt die Anträge des Gemeinderats auf Überweisung als Postulat.

Grüne/EVP: M. Schmidli stellt mit Befriedigung fest, dass auch die Bürgerlichen die Klimaproblematik erkannt haben. Im Sinne des WWF-Plakats "Ich würde ja sofort etwas für das Klima tun, aber ich bin ja nur ein Plakat" möchte sie an den Rat appellieren, aktiv und verantwortungsbewusst zur Entschärfung beizutragen. Es braucht ein Konzept, in welchem aufgrund einer Erhebung des Ist-Zustands Zielsetzungen, Zeitplan und Massnahmen festgelegt werden. Sie hält deshalb an einer verbindlichen Motion fest.

SVP: U.-P. Moos hat persönlich den Eindruck, dass der Vorstoss im Hinblick auf die Wahlen im 2008 eingereicht wurde. Nach dem Motto: besser spät als nie. Der Club of Rome hat beispielsweise bereits Ende 60er- und 70er-Jahre entsprechende Berichte verfasst.

SP: S. Zürcher antwortet, dass das Problem offensichtlich immer noch sehr aktuell ist. Leider ist immer noch nicht genügend Bereitschaft vorhanden, die Sache ernsthaft anzugehen.

CVP: A. Achermann erklärt, dass eine Mehrheit der Fraktion den Anträgen des Gemeinderats folgt und die Motion als Postulat überweisen will.

SP: G. Köhler fragt *W. Müller*, weshalb er für Abschreibung plädiert. Im Übrigen ist er bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, um die Überweisung nicht zu gefährden.

FDP: W. Müller entgegnet, dass es um ein sehr komplexes Thema geht, für welches die nötigen Fachleute in der Gemeinde nicht vorhanden sind und neue Stellen geschaffen werden müssten.

SP: G. Köhler sieht dazu keine Notwendigkeit. Bekanntlich führt die Verwaltung bereits eine Energiebuchhaltung. Die entsprechenden Zahlen sind somit zum grossen Teil vorhanden und müssen noch ausgewertet werden. Es ist jedoch ein politischer Entscheid, ob für ein Konzept Geld gesprochen wird.

CVP: L. Metzger wundert sich über die Haltung der FDP, welche sich sonst konsequent für Eigenverantwortlichkeit ausspricht, hier aber auf ein Gesetz warten will. Im konkreten Fall ist der Rat sozusagen als Eigentümer der Gemeindeliegenschaften angesprochen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* attestiert dem Vorstoss durchaus seine Berechtigung, da es um ein aktuelles Problem geht. Der Gemeinderat nimmt dieses sehr ernst; dies geht auch aus dem Legislaturprogramm hervor. Die seit Jahren geführte Energiebuchhaltung bildet eine wertvolle Basis für Sanierungen von Altbauten aber auch für neue Gebäude, beispielsweise dem Meiriacker-Schulhaus, der Schwimmhalle usw. Im Zusammenhang mit dem Schlosspark-Projekt soll auch die Unterzentrale der WBA darauf eingerichtet werden, dass Schloss, Bürger- und Imhof-Haus

bedient werden können. Demnächst wird dies auch in der Vorlage betreffend Sanierung des Spiegelfeld-Schulhauses ein wesentlicher Punkt sein. Das Thema ist sehr komplex und bedingt eine Zusammenarbeit mit dem Kanton, den Nachbargemeinden und allenfalls mit Basel-Stadt. Daher möchte der Gemeinderat den Vorstoss in Form eines Postulats entgegen nehmen.

Grüne/EVP: M. Schmidli erklärt sich bereit, dass die Motion als Postulat überwiesen wird.

Mit grossem Mehr bei wenigen Nein-Stimmen und Enthaltungen wird beschlossen:

://: Die Motion wird als Postulat an den Gemeinderat überwiesen.

://: Der FDP-Antrag auf sofortige Abschreibung des Postulats wird grossmehrheitlich abgelehnt.

FDP: M. Metz wünscht, dass künftig das Stimmenverhältnis klar ermittelt und festgehalten wird.

Traktandum 7

Geschäft Nr. 149

Stellungnahme des Gemeinderats vom 11.9.2007:

Interfraktionelles Postulat: Energiespar-Offensive 2

Eintreten:

Grüne/EVP: R. Bänziger: Beim Sammeln von Unterschriften für die Klima-Initiative erlebte sie Erstaunliches und war befremdet über die bagatellisierenden Aussagen von Angesprochenen. Offenbar wird immer noch zu wenig informiert, was diesbezüglich wirklich Sache ist, oder Appelle werden bewusst überhört. Positiv ist, dass in Binningen das Angebot für Energieberatung für Private vorhanden ist. Diese wird aber nur von Interessierten genutzt. Gespannt wird die weitere Stellungnahme des Gemeinderats erwartet, in welcher er aufzeigen wird, mit welchen Massnahmen er das Energiesparen fördern will.

FDP: W. Müller hält fest, dass es in diesem Postulat erstens um Förderbeiträge für Solardächer in Binningen geht sowie um die Reduktion des Stromverbrauchs durch Stand-by. Bereits heute bezahlt der Kanton 1200 bis 1600 Franken an Solardächer. Dass auch die Gemeinde Beiträge zahlt, wird von seiner Fraktion abgelehnt. Anstelle der Subvention mittels Steuergeldern sollte das Konzept "Energiezukunft Schweiz" mit Sitz in Basel propagiert werden. Träger sind die EBM, die IWB, Gasverbund Mittelland und AEK Energie AG. Das Ziel ist die Förderung erneuerbarer Energien mit 100 Solardächern innert 18 Monaten. Vorteilhaft dabei: konzentriertes Vorgehen, schnelle Umsetzung und rund ein Drittel an Kosteneinsparungen. Die Stand-by-Funktion ist primär ein Problem der Lieferanten. Eine Kontrolle durch die Gemeinde ist ohnehin nicht möglich. Die FDP-Fraktion wird einhellig für Nichtüberweisung stimmen.

SP: G. Köhler teilt diese Schlussfolgerung in keiner Weise. Persönlich misstraut er einem Stromlieferanten, auch wenn die Stossrichtung der erwähnten Institution richtig ist. Seines Erachtens kann der Gemeinderat auch beim Problem des Stand-by durchaus aktiv etwas unternehmen. Dies den Geräteproduzenten zu überlassen ist unbefriedigend; denn selbstverständlich werden diese die kostengünstigste Variante wählen. Er erwartet mit Interesse die hoffentlich kreativen Vorschläge des Gemeinderats.

SVP: F. Gerber Seine Fraktion hat nichts gegen das Energiesparen, ist jedoch dagegen, dass neue Ausgaben generiert werden. Tatsächlich besteht bereits ein gutes Beratungsangebot. Aus diesem Grund erkennt die Mehrheit seiner Fraktion keinen Handlungsbedarf.

SP: G. Köhler stellt richtig, dass es im Postulat nicht um eine Energieberatungsstelle geht, sondern um Fördermassnahmen zum Energiesparen für Private.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Mati* bemerkt, dass wie in der Stellungnahme erwähnt, die Bereitschaft vorhanden ist, entsprechende Massnahmen zu prüfen und im Sinne der Zielsetzungen im Legislaturprogramm umzusetzen. Vorab müssen jedoch die notwendigen rechtlichen Grundlagen erarbeitet werden. Ausserdem muss die Umsetzung mit einem vertretbaren administrativen Aufwand möglich sein.

Mit 21 Ja, 17 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 8

Geschäft Nr. 139

Stellungnahme des Gemeinderats vom 4.9.2007:

Motion SVP: Verhinderung des Privatweges an der Bruderholzstrasse 12

Präsident U. v. Bidder verliest ein Schreiben von U.-P. Moos, in welchem er dem Gemeinderat für den Verzicht auf den Privatweg dankt und seinen Vorstoss zurückzieht.

Der Vorstoss wird zurückgezogen.

Traktandum 9: Diverses

Anfrage von S. Brenneisen, SP: Baumpflanzung entlang der Hauptstrasse vor Gemeindebibliothek

Antwort des Gemeinderats: *C. Simon:* Ursprünglich war im Zusammenhang mit der Dorfplatz-Erweiterung und dem Neubau auf dem ehemaligen Heyer-Areal die Pflanzung von Bäumen an der Hauptstrasse in Diskussion. Das Trottoir ist Sache des Kantons und setzt dessen Zustimmung dazu voraus. Tatsächlich wäre auch ein Teil der Kosten übernommen worden. Der private Bauherr war jedoch nicht bereit, seinen Anteil zu tragen. Der Kredit für die bereits realisierte Dorfplatzgestaltung ist jedoch ausgeschöpft. Erschwerend kommt hinzu, dass sich unter dem Trottoir diverse Werkleitungen befinden; es müsste ein Projekt ausgearbeitet werden. Dieses sowie die Realisierung würden schätzungsweise mehrere Zehntausend Franken kosten. Im Budget 2008 ist diesbezüglich nichts vorgesehen.

Anfrage von B. Jost, SP: Tagesschule

Antwort des Gemeinderats: *M. Joset* begründet die Verzögerung damit, dass die Zeitplanung etwas zu optimistisch war. Das von einer Arbeitsgruppe erarbeitete umfassende Konzept ist vom Schulrat mehrfach beraten und dann verabschiedet worden. Auf dieser Basis ist eine Gemeinderats-Vorlage erarbeitet worden. Der Bericht wurde inzwischen erstmals beraten. Da es sich um eine komplexe, neue Materie handelt mit substanziellen und finanziellen Auswirkungen, waren Zusatzabklärungen notwendig. Allenfalls werden dem Einwohnerrat Varianten unterbreitet.

Es besteht die Möglichkeit, den Leistungsauftrag mit den entsprechenden Wirkungs- und Leistungszielen inkl. Globalbudget ausserhalb des Budgets zu ergänzen. Wird das Parlament die Vorlage an einer der nächsten Sitzungen verabschiedet, so steht der Realisierung ab Sommer 2008 nichts mehr im Weg.

Die Information der Bevölkerung wird im üblichen Rahmen geschehen. Stimmt der Einwohnerrat einer Tagesschule zu, so wird in den Medien darüber berichtet werden. Die interessierten Eltern werden über das neue Angebot im Rahmen des normalen Schulanmelde-Verfahrens Anfang 2008 orientiert.

Zur Frage, ob die Abteilung SBK personell unterdotiert sei, ist festzustellen, dass die Abteilung sehr ausgelastet ist, was in Anbetracht des breiten Aufgabenspektrums von Schule, Kultur und Sport nicht überrascht.

Mitteilungen aus dem Gemeinderat:

C. Simon verweist darauf, dass die Beratung der Ortsplanungsrevision abgeschlossen ist. Voraussichtlich am Montagabend, 5. November 2007 wird im Kronenmattsaal eine öffentlich Orientierung stattfinden. Der Zonenplanentwurf wird dann vorgestellt und die Binninger Bevölkerung ist bis Ende Jahr zur Mitwirkung eingeladen. Im Frühjahr 2008 sollte dann der Bericht an den Einwohnerrat vorliegen.

Betreffend Weihnachtsbeleuchtung an der Hauptstrasse: Der Einwohnerrat hat sich im Dezember 2006 klar dafür ausgesprochen, dass das Gewerbe sich bei den Kosten angemessen beteiligen müsse. Es wurden mit der IG Hauptstrasse mehrfach Gespräche geführt und verschiedene Varianten besprochen. Doch die Kosten sind der Knackpunkt. Die IG beabsichtigt, im Dezember eine Sponsoring-Veranstaltung durchzuführen. Dieses Jahr wird jedenfalls die Weihnachtsbeleuchtung im gleichen Rahmen realisiert wie im 2006.

M. Joset: Der Sportclub Binningen hat den Sechzehntel-Final des Schweizer Cups erreicht. Diese Leistung ist für eine Zweitliga-Mannschaft ausserordentlich. Der Gemeinderat gratuliert dazu! Der nächste Match wird gegen den FCB am 20. Oktober um 15.00 Uhr auf dem Sportplatz Spiegelfeld ausgetragen. Der Gemeinderat hat einen Kredit für eine Zusatztribüne und einmalig anfallenden Aufwand bewilligt. Es soll ein eigentliches Volksfest werden, für welches Hunderte von Freiwilligen nötig sind. Das Medieninteresse wird gross sein und es bietet sich eine einmalige Gelegenheit, Binningen vorzustellen. Im Vorfeld wird der Einwohnerrat - allenfalls verstärkt durch Landratsmitglieder - gegen den Grossen Rat von Basel-Stadt spielen. Anmeldungen nimmt der Gemeindeverwalter entgegen.

FDP: M. Metz wendet sich an *U. Kunz* von der SP-Fraktion und teilt ihm mit, dass es ihm unbenommen bleibt, sich auch künftig über seine Voten im Rat im Binninger Anzeiger zu mokieren, nur sollten sie richtig zitiert werden. Die Art und Weise, wie er dies tat, findet er stilllos. Es wird ihn jedoch nicht davon abhalten, seine Meinung weiterhin im Rat zu äussern.